



# ***Wir können Erkrath***

*BmU-Kurzprogramm 2030*



# Inhalt

Wer ist „die BmU“ ? .....	2
Das <b>BmU</b> -Programm 2030 für Erkrath.....	3
Finanzpolitik.....	3
Aufgabenfeld Bildung .....	6
Klimaschutz und Biodiversität als Zukunftsinvestition für Erkrath .....	7
Mobilität.....	9
Kommunale Wärmeplanung und Fernwärme .....	11
Versorgungssicherheit und Krisenvorsorge.....	12

---

## Wer ist „die BmU“ ?

Wir sind keine Partei – wir sind ein Verein, der seit 1988 unabhängige Politik in und für Erkrath macht, ohne die Zwänge einer Parteibindung.

Wir sind die **„Bürger mit Umweltverantwortung - Unabhängige Wählergemeinschaft für Erkrath e.V.“**.

Wir sind die einzige parteiunabhängige Fraktion in Erkrath und stellen zurzeit 8 Mitglieder im Stadtrat (letztes Wahlergebnis 2020 11,93%). Wir sind Bürgerinnen und Bürger, die sich konstruktiv mit Vorschlägen für ihre Stadt einbringen, Kritik begründen wir sachlich.

**Transparenz** haben wir zum Gebot gemacht. Die Bürgerinnen und Bürger sind so weit wie möglich zu beteiligen. Nichtöffentliche Debatten nur, soweit es das Gesetz (z.B. bei Personalangelegenheiten) erfordert. Transparenz gilt auch für uns intern: Seit Jahrzehnten veröffentlichen wir unsere Kassenstände und die Namen derer, die mehr als 100 €/Jahr an die BmU spenden.

Wir sind am **Sachverhalt** orientiert. Nur das bessere Argument zählt.

Wir sind konstruktiv und kompromissfähig.

**Respektvoll**, sachlich, freundlich. Das ist die BmU. Gegen Polemik, Falschaussagen, Ausgrenzung, Extremismus und Hass.

Für eine lebendige Demokratie, für Vielfalt und Menschlichkeit.

**Bürgernähe – „BmU – sowiedu“**. Auch Nichtmitglieder dürfen auf Wunsch an unseren Fraktionssitzungen (hier werden die Ausschuss- und Ratssitzungen vorbereitet) teilnehmen.

Wir unterstützen die Durchführung eines Bürgerbegehrens selbst dann, wenn deren Ziele nicht mit unseren übereinstimmen.

Unsere Homepage [www.bmu-erkrath.de](http://www.bmu-erkrath.de) gibt weiterführende Informationen.

# Das *BmU*-Programm 2030 für Erkrath

---

Vorbemerkung:

## **Der Schulgroßbrand wird die Situation dramatisch verschärfen**

Das Programm ist vor dem katastrophalen Großbrand am 13.05.2025 verfasst worden, bei dem die Gebäude der Realschule und des Gymnasiums in Hochdahl vollständig zerstört worden sind.

Für Erkrath, insbesondere für die etwa 1200 Schülerinnen, Schüler und Lehrkräfte ist der Verlust der Gebäude ein herber Schlag. Gerade nachdem 2019 und 2020 bereits die Grundschule Sandheide und die Kita Kempen (damals durch Brandstiftung) abgebrannt waren. Dass dafür ein technischer Fehler an der Photovoltaik-Anlage die Ursache war, zeigt, dass andere Anlagen überprüft werden müssen.

Für die Stadt bedeutet das eine noch größere Baustelle als alle bisherigen, bautechnisch, finanziell und bildungsorganisatorisch. Das verschärft die Situation der Stadt mit ihren bisherigen Problemen, die wir hier in unserem Programm aufzeigen, nochmals deutlich.

Die BmU sieht eine klare Priorität in der Organisation einer schnellstmöglichen Wiederaufnahme des Unterrichtsbetriebes in Hochdahl (in einem Container-Komplex) und einer äußerst schnellen Neubauplanung und deren Umsetzung. Den entsprechenden Appell der Eltern unterstützen wir. Dies wird zu einem konkreten Test für den angekündigten Bürokratieabbau in Bund und Land. Bis dahin müssen beide Schulen in ihrer Arbeit im Übergangsbau in Düsseldorf-Benrath unterstützt und der Transport der Schülerschaft verträglich gestaltet werden.

---

„Nur wer weiß, woher er kommt, weiß, wohin er geht“ - Theodor Heuss.

Auf unserer Homepage finden Sie die Langfassung unseres Programms. Wir freuen uns über Ihre Anmerkungen und Kritik. Nur so werden wir besser.

Wir können das umsetzen. Sofern wir dafür von Ihnen die notwendige Mehrheit bekämen. Und: Alle folgenden Ausführungen stehen unter dem ausdrücklichen Vorbehalt der Finanzierbarkeit.

## Finanzpolitik

Seriöse Kommunalpolitik macht Aussagen zur Finanzpolitik.

Die Schulden in Erkrath sind 2025 genauso hoch wie das Bilanzvermögen der Stadt. 2028 werden wir doppelt so hohe Schulden haben wie 2025. Die Schuldenkoalition der Bundesregierung wurde in Erkrath bereits vollzogen. Durch dieselben Parteien.

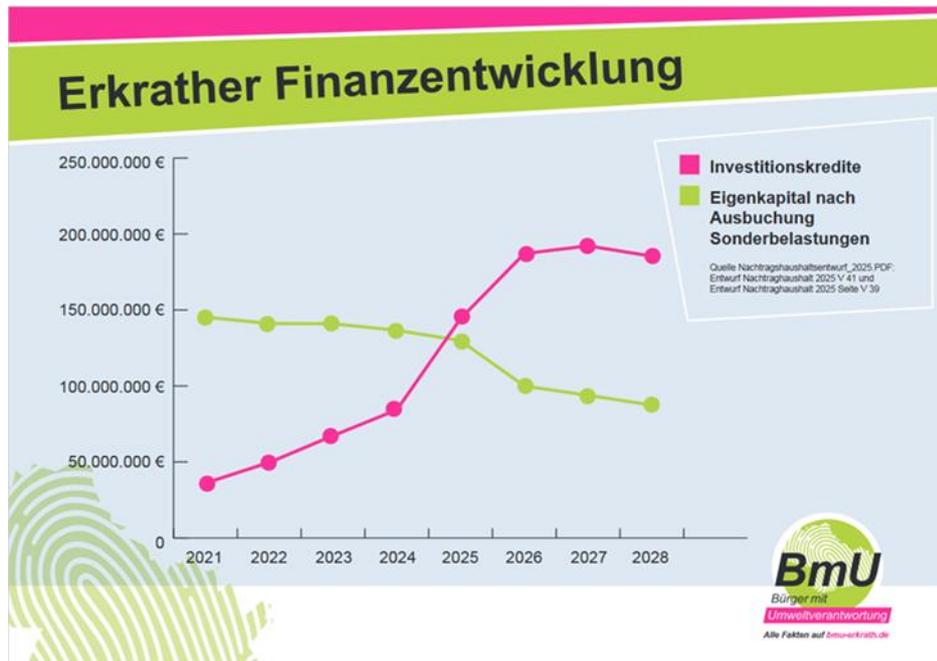
Der Verlust des Gymnasiums und der Realschule in Hochdahl trifft die Stadt finanziell völlig unvorbereitet. Für schlechte Zeiten ist nicht vorgesorgt.

Schuldenpolitik, Sanierungsbedarf in der Breite der Infrastruktur, Grundsteuererhöhung, ungerechte Fernwärmepreise, aufblühender politischer Extremismus, Sanierungsstau bei Schulen-Kitas-Kinderspielflächen, Probleme bei der Integration, Betreuungsmängel von Menschen mit Unterstützungsbedarf sind die traurige Bilanz.

Beim offenen Ganztags in den Grundschulen wird sogar die Nutzung der Flure mit Klappstühlen diskutiert.

Der hohe Sanierungsbedarf der Erkrather Infrastruktur ist ein (verdeckter) Teil unserer Schuldenlast gegenüber den kommenden Generationen. Erkrath wird für die Bürgerinnen und Bürger immer teurer. Wir werden die Schulden abhungern müssen.

Durch die Grundsteuererhöhung und einige Buchungstricks rettet sich die Erkrather Schuldenkoalition über die Kommunalwahl. Ab 2026 geht es immer steiler bergab. 2025 summiert sich der prognostizierte Jahresfehlbetrag bereits auf rund 13 Mio. Euro. Allein für die Jahre 2025 bis 2028 wird dies in Erkrath die Aufnahme von weiteren 37 Mio. Euro an Liquiditätskrediten sowie einen kumulierten Eigenkapitalverzehr von rund 63 Mio. Euro nach sich ziehen. Die Folgen der Brände sind hier noch nicht mal berücksichtigt:



Trotz Rekord-Gewerbesteuererträgen von fast 47 Mio. € reicht es nicht.

**Diese Rathauspolitik kann der Steuerzahler, ist er auch noch so fleißig, nicht mehr kompensieren.**

Die Rathausmehrheit verweist bei der Schulfrage gerne auf ihre Parteifreunde in Land und Bund. Diese treiben es genauso doll wie die Erkrather Schuldenkoalition. Auch Erkrath wird unter der nun steigenden Zinslast leiden. Durch die zusätzlich zu erwartenden Inflationstendenzen wird der Sparstrumpf der Bürgerinnen und Bürger schrumpfen.

Die BmU hatte insbesondere bei den Großbauprojekten auf **sparsamere Lösungen** hingewiesen:

- **Grundschule Sandheide (60 Mio. €):** Die alte Turnhalle hätte völlig ausgereicht. Die (auch pädagogisch fragwürdige) Kombination mit der Förderschule hat ganze Schülergenerationen in das Provisorium Schmiedestraße verschlagen. Ohne diese Kombination hätte man kein Änderungsverfahren zum Bebauungsplan gebraucht und keine weitere große Sporthalle.
- **Gymnasium am Neandertal in Alt-Erkrath (fast 100 Mio. €) :** Begrenzung der Zügigkeit, denn etwa 40% der Schülerschaft stammt nicht aus Erkrath. Angesichts des enormen Schulbauprogrammes in Düsseldorf und zurückgehender Geburtenjahrgänge werden die Schülerzahlen sinken.

- **Die neue Hauptfeuerwehrwache** (40 Mio. €) ist immer größer geworden. Alternativ hätte man nur die Hauptwache auf der Neanderhöhe neu bauen und die beiden ehrenamtlichen Löschzüge am sanierten alten Standort belassen können.

Klar, die jetzigen Lösungen erfüllen mehr Wünsche der Nutzer – aber umso tiefer fällt Erkrath jetzt in das Finanzloch und greift der Bürgerschaft immer umfangreicher in ihr Portemonnaie.

Das von der Mehrheitsfraktion 2020 gegebene Versprechen “auf keinen Fall” die Steuern zu erhöhen, wurde bereits gebrochen.

Wir müssen endlich die auseinanderlaufenden Notwendigkeiten und die Finanzplanung wieder zusammenbringen. Dafür ist eine **Nachhaltigkeitssatzung notwendig**. Wir brauchen im Stadtrat mehr Augenmaß für das Machbare, mehr Pragmatismus.

Erst werden die Finanzen ruiniert, die Folgen davon kommen dann zwangsläufig.

Einnahmensteigerungen sind zwingend und ermöglichen wir in der **Gewerbeansiedlung auf der Neanderhöhe** (Antrag der BmU) sowie die verstärkte Werbung um die Ansiedlung weiterer Rechenzentren. Alles, was nicht durch Gewerbesteuer eingenommen wird, muss die Bürgerschaft durch höhere Steuern erwirtschaften.

Wir müssen den Wirtschaftsunternehmen ein kreatives Umfeld schaffen, ihren Sorgen zuhören und wo es geht, Entwicklungshemmnisse abbauen. Die Ansiedlung eines der Vorzeigeunternehmen Erkraths, TimoCom, haben wir seinerzeit aktiv unterstützt und in zahlreichen Hintergrundgesprächen versucht, den Weg zu bahnen.

Die **Wirtschaftsförderung** muss sich neben dem Leerstandsmanagement zusammen mit der örtlichen Wirtschaft auch wieder den **Stadtteilzentren** widmen, das Einzelhandelskonzept muss fortgeschrieben werden. Die Stadt lebt von Gewerbe und Einzelhandel. Deren Interessen müssen verstärkt gewahrt werden, z.B. muss die Gastronomie im Außenbereich finanzierbar sein. Zwar hat die Stadt keine direkte Einflussmöglichkeit auf die regionale Wirtschaft. Die BmU unterstützt aber geeignete Initiativen, um den regionalen Handel zu stützen. Aber hier ist auch die Bürgerschaft aufgefordert, sich zu den Läden vor Ort zu bekennen. Dies kommt Erkrath zu Gute: Angebote, Arbeitsplätze und Steuern vor Ort.

Der Stadtrat muss mit **Sparsamkeit** vorgehen: Inzwischen (2024) haben wir 48 Ratsmitglieder. Leider wurde der Antrag der BmU, den Stadtrat zur Kostenersparnis zu verkleinern, von allen Parteien abgelehnt.

## Aufgabenfeld Bildung

Eine **gute Beratung** der Eltern durch die „Frühen Hilfen“ und bei Bedarf das Angebot von Sprachförderkursen für zugewanderte Eltern muss erhalten bleiben. Auf unsere Initiative hin wurde 2009 das „Babybegrüßungspaket“ eingeführt.

Immer weniger sind Beruf und Familie vereinbar, da eine qualitativ gute und vor allem **verlässliche Kinderbetreuung** nicht sichergestellt ist.

Die BmU-Fraktion hat stets alle Maßnahmen unterstützt, dass genügend U3- und Ü3-Kitaplätze sowie OGS-Plätze in den Grundschulen zur Verfügung stehen. Aufgrund des Fachkräftemangels und fehlerhafter Prognosen ist die Versorgung allerdings aktuell nicht gesichert. Immer wieder hat die BmU einzelne Maßnahmen vorgeschlagen, um Kita-Schließungen zu verringern. Ab 2026 beginnt der Rechtsanspruch auf eine Ganztagsbetreuung in Grundschulen. Im Moment sehen wir unsere Grundschulen darauf nicht gut vorbereitet. Die Ganztagsbetreuung ist eine Chance, die Bildungsungerechtigkeit etwas auszubalancieren.

Der Aufbau der U3-Tagespflege wurde von uns immer unterstützt, es muss darauf geachtet werden, dass dieser wichtige Bereich sich nicht reduziert.

Die BmU hat maßgeblich an der Entwicklung der einkommensabhängigen Entgeltordnungen für die Tagespflege, Kitas und OGS mitgewirkt. Und auch die kostenfreie Betreuung von Geschwisterkindern gehört für uns zu einer fairen Gestaltung der Kinderbetreuungsgebühren.

Unzufrieden sind wir mit der zu langsamen Ertüchtigung der **Spielplätze**. Der Plan aus dem Jahr 2019 wurde nur zu einem Drittel erfüllt. Das was umgesetzt wurde, ist allerdings von erfreulicher Qualität. Die BmU musste jedoch erst einen Antrag zur stärkeren Berücksichtigung von inklusiven Spielgeräten für Kinder mit Handicap einbringen.

Besondere Sorgen machen uns die steigenden Fallzahlen von Straftaten strafunmündiger Kinder. Wir begrüßen daher Projekte zur Prävention. Aber auch die (rechtsextreme, islamistische) Radikalisierung einiger Jugendlicher macht uns Sorgen.

Endlich wird eine langjährige Forderung der BmU erfüllt: Das Jugendamt befindet sich im Aufstellungsprozess eines Kinder- und Jugendförderplans.

### **Die bestehenden Schulen benötigen unsere Unterstützung.**

Die bisherigen Schulentwicklungspläne haben deutlich aufgezeigt, dass die bisherige Erkrather Schullandschaft gut aufgestellt ist. Die bestehenden Schulen machen eine gute Arbeit, so gut es der Lehrermangel eben zulässt. Bei den weiterführenden Schulen soll besonders erwähnt werden, dass die Hauptschule bei vielen Ausbildungsbetrieben einen guten Ruf hat.

Die Gründung einer Gesamtschule würde die Schließung mehrerer bestehender und gut funktionierender Schulen und einen massiven Pendelverkehr zwischen den Stadtteilen bedeuten. Wir würden eine vielfältige und lebendige Schullandschaft verlieren. Und eine Schülertransportsituation schaffen, die wir angesichts der Erfahrungen mit dem nach dem Schulgroßbrand leider notwendigen Buspendelverkehr von Hochdahl nach Düsseldorf-Benrath nicht wiederholen wollen.

Die Einrichtung von Elternhaltestellen nach dem Konzept des Kreises Mettmann/ Verkehrswacht wird an allen Grundschulen geprüft. Die Schulen werden mit einbezogen. Es mangelt an einigen Stellen an der Mitwirkung der Elternschaft.

Endlich Sanierungspläne für Kitas und Schulen erstellen und umsetzen.

Bereits 2017 wurde aufgrund der Anträge der BmU beschlossen, dass die Stadtverwaltung Sanierungspläne für die Kita- und Schulgebäude erstellen muss. Diese liegen bis heute nicht vor. Ein technischer Defekt in der PV-Anlage als Ursache für den Schulgroßbrand in Hochdahl macht die Dringlichkeit deutlich.

### **Schneller Wiederaufbau von Realschule und Gymnasium Hochdahl**

Die abgebrannten Schulen in Hochdahl bedürfen unserer ganz besonderen Unterstützung bis die Gebäude neu errichtet sind. Nun geht es zum einen um eine schnelle Errichtung eines Ausweichquartiers in Hochdahl, damit die Schülerschaft wieder fußläufig oder per Rad die Schule erreichen kann und die Pendelsituation nach Benrath schnellstmöglich beendet wird.

Zum anderen muss der Wiederaufbau zügig auf den Weg gebracht und umgesetzt werden.

## **Klimaschutz und Biodiversität als Zukunftsinvestition für Erkrath**

Der Klimawandel wird uns schneller, härter und teurer treffen als bisher angenommen. Wertvolle Ökosysteme verschwinden – mit ihnen essenzielle Ökosystemleistungen wie saubere Luft, sauberes Wasser und fruchtbare Böden für die Landwirtschaft.

Städte mit viel Grün sind nicht nur ökologisch wertvoll, sondern steigern auch die Lebensqualität. Öffentliches und urbanes Grün trägt nachweislich zu mehr Wohlbefinden bei, senkt die Temperaturen in Hitzeperioden, speichert Regenwasser und verbessert die Luftqualität. Erkrath kann zu einer klimaangepassten Stadt werden, die Menschen und Natur gleichermaßen schützt.

Dazu müssen wir Grünflächen durch entsprechende Oberflächenformen und Artenzusammensetzung anpassen, möglichst entsiegelte Flächen begrünen und Dach- sowie Fassadenbegrünungen vorantreiben. Maßnahmen wie begrünte Innenhöfe und Plätze, schattenspendende Bäume in dicht bebauten Gebieten und bepflanzte Verkehrsinseln helfen, die Stadt vor Überhitzung zu schützen. Gleichzeitig sorgt die gezielte Speicherung von Regenwasser dafür, dass in Trockenzeiten genug Feuchtigkeit für Pflanzen und Stadtbäume vorhanden ist.

Auch Konzepte wie „**Schwammstädte**“ – bei denen Wasser gezielt gespeichert und langsam abgegeben wird – sind in Erkrath umsetzbar und haben wir gefordert. So schützen wir unsere Stadt vor Starkregen und Wassermangel und machen sie gleichzeitig lebenswerter.

Das gilt auch für die Zwischenspeicherung und Versickerung von Oberflächenwasser. Auf der Neanderhöhe z.B. würde bei Umsetzung der engagierten Pläne mit Rigolen, Heckenpflanzung, Baumpflanzung und Dachbegrünung mehr Niederschlagswasser zurückgehalten als zur Zeit der Ackerbaunutzung, bei welcher der Löss, nachdem er einmal nass war, keinen Wassertropfen mehr durchgelassen hat.

Ein durchdachtes **Konzept für Klimaschutz und Klimaanpassungsmanagement** ist daher nicht nur Umweltschutz, sondern auch eine dringend notwendige Maßnahme zur Katastrophenvorsorge und langfristigen Kosteneinsparung. Wissenschaftliche Erkenntnisse zeigen, dass Extremwetterereignisse wie Überschwemmungen und Hitzewellen künftig häufiger auftreten werden. Die Politik muss daraus endlich Konsequenzen ziehen, um Schäden und hohe Anpassungskosten zu vermeiden. Jeder investierte Euro in Prävention spart in Zukunft ein Vielfaches an Wiederherstellungs- und Schadenskosten.

Deshalb setzen wir uns für eine **Nachhaltigkeitssatzung** ein, die langfristig in Klimaschutz und Biodiversität investiert, unsere Stadt widerstandsfähig gegenüber zukünftigen Herausforderungen macht und gleichzeitig wirtschaftliche Schäden minimiert. Ein Beispiel für **nachhaltige Stadtentwicklung** ist unser Antrag für das Gewerbegebiet **Neanderhöhe**. Wir haben dort bewusst nur einen kleinen Teil der Fläche für Gewerbe freigegeben, während die Freifläche im Norden ökologisch aufgewertet wird. Auf unseren Antrag darf auch dort kein Glyphosat mehr gespritzt werden, wie auch auf anderen städtischen Ackerflächen. Auf dem Gewerbeanteil der Neanderhöhe werden Hecken zur Biotopvernetzung und Pflanzgebote z.B. für Bäume sowie ein Lichtkonzept dafür sorgen, dass von ihm weniger schädliche Emissionen ausgehen als vorher von der konventionellen Landwirtschaft. Dach- und Fassadenbegrünung, PV auf dem Dach sind ebenfalls zwingend. Hinzu kommen weit über das notwendige Maß hinausgehende Ausgleichsmaßnahmen.

Auch der Bereich „Kleines Bruchhaus“ sollte aus unserer Sicht nicht bebaut werden.

Durch einen Antrag der BmU im Fachausschuss Umwelt und Planung wurde der Bauträger Catella für die Bebauung Wimmersberg durch Mehrheitsbeschluss dazu verpflichtet, bodengebundene Fassadenbegrünungen mittels Rankgitter an der Straßenseite zur Schlüterstraße vorzusehen, um die Hitzeentwicklung an der Fassade und den Rückstrahleffekt an die Umgebung zu minimieren.

Unser schon seit Längerem vorgetragener Vorschlag ist es, Parkplätze und Straßen mit Photovoltaikanlagen zu überdachen, um regenerative Energie effizient zu nutzen. In diese Anregungen binden wir auch die Errichtung von PV-Fassaden und PV-Anlagen an Lärmschutzwänden ein.

Zudem setzen wir uns für energieeinsparende Maßnahmen, die rasche **Dekarbonisierung der Fernwärme** (bereits 2019 haben wir die Prüfung der Tiefengeothermie angeregt) sowie eine Verbesserung des ÖPNV und der Radinfrastruktur ein – ohne ideologische Konflikte mit der Autonutzung.

Ein weiteres Beispiel für unser Engagement ist die Schaffung von Mikrowäldern auf ungenutzten Friedhofsflächen. Die BmU hat eine Checkliste für eine klimaschützende und klimaangepasste Bauleitplanung vorgelegt. Diese Liste ist vom Fachausschuss im April 2025 fast einstimmig angenommen worden.

Wir setzen außerdem auf die Umstellung bestehender **Beleuchtungsanlagen** auf energieeffiziente und biodiversitätsfreundliche Technologien. Eine Beleuchtungssatzung sowie textliche Festlegungen zur Reduzierung von Lichtverschmutzung sind derzeit in Vorbereitung und sollen Ende des Jahres

vorgestellt werden. Durch die konsequente Umsetzung dieser Maßnahmen erwarten wir erhebliche Energieeinsparungen im Bereich der Straßen- und Wegebeleuchtung.

Erschreckend, dass der Igelbestand in Deutschland in den letzten 10 Jahren sich halbiert hat und der Insektenfresser bald auf der Roten Liste geführt werden muss. Die BmU hat hier eine Aufklärungskampagne durchgesetzt und von ihr ging das kreisweite Verbot aus, nachts Mähroboter laufen zu lassen.

Ein wichtiger Fortschritt ist die im Februar erfolgte Mitgliedschaft Erkraths im **Bündnis „Kommunen für biologische Vielfalt“**, die auf unsere erneute Initiative hin zustande kam.

Erkrath muss jetzt handeln und die Grundlagen für eine zukunftsfähige Wirtschaft schaffen. Wer frühzeitig in Biodiversität und nachhaltige Stadtentwicklung investiert, profitiert sowohl ökologisch als auch finanziell. Erkrath und ansässige Unternehmen können als Vorreiter zeigen, wie sich eine Stadt erfolgreich auf kommende Herausforderungen einstellt. Wir unterstützen Stadt und Bürger aktiv dabei, diese Chancen zu nutzen und gemeinsam eine lebenswerte, nachhaltige Zukunft zu gestalten.

Zur Erhöhung der Recyclingquote haben wir angeregt, die Gelbe Tonne in eine **Wertstofftonne** umzuwandeln.

## Mobilität

Mobilität muss sanfter werden: Mehr Radwege, gute Fußwege, zuverlässiger ÖPNV.

Aber ohne einen ideologischen Kampf gegen das Auto oder PKW-Parkplätze wie wir das bei der geringen Zahl von Stellplätzen bei der Neuen Mitte Erkrath, Wimmersberg und Hasenwiese (insbesondere von Grünen, Linken, CDU, SPD

Die Stadtverwaltung sollte selbst mit gutem Beispiel voran gehen, und selbst Nutzfahrzeuge auf CO<sub>2</sub>-neutralen Betrieb umstellen. Diesen Prozess hat die Verwaltung auch bereits begonnen.

Im Vordergrund steht ein respektvolles Miteinander der Verkehrsteilnehmer, wozu wir geeignete Verkehrswege in Erkrath schaffen wollen.

Die Stadt muss insgesamt vom Durchgangsverkehr weitgehend entlastet werden.

Wohn- und Wohnsammelstraßen sollen zu Tempo 30-Zonen, wo noch nicht geschehen, umgewandelt werden.

Schwerlastverkehr wollen wir aus Wohngebieten verbannen.

Wir wünschen uns einen weiteren Ausbau des **Carsharing**-Angebots – perspektivisch mit Elektrofahrzeugen. Denn E-Auto-Fahren macht Spaß und Carsharing ermöglicht einen einfachen Zugang für alle Bürger zur E-Mobilität.

**ÖPNV: Bus und Bahn** sind essenziell für eine zeitgemäße und für alle Bürgerinnen und Bürger attraktive Mobilität. Dafür sind allerdings eine deutlich verbesserte Pünktlichkeit, ein verlässlicheres Platzangebot (insbesondere bei S8, S28 und S68!), -auch im Sinne der Barrierefreiheit-

funktionierende Aufzüge und mehr Sauberkeit notwendig.

Die Stadt und die Kunden des ÖPNV sind Opfer einer gescheiterten ÖPNV-Politik in NRW. Seit Jahrzehnten („Aktion Störmelder“ der BmU) verbessert sich die Zuverlässigkeit nicht, im Gegenteil. Bürger wie Stadt müssen zahlen, wir haben kein Mitbestimmungsrecht. Wir erleben chaotische Entscheidungen: unterschiedliche Bahnsteighöhen, mal wird hier mal dort punktuell etwas verbessert. Das bringt alles wenig, außer monatelangem, unzureichendem Schienenersatzverkehr. Wir wünschen uns mehr Schnellbusverbindungen nach Düsseldorf.

**Radwege:** Unsere Forderung ist, das stadteigene Radwegenetz Schritt für Schritt zu sanieren und zu verbessern. Wir brauchen ein Netz von durchgehenden, sicheren und benutzbaren Radwegen. Dies gilt auch für die geplante Streckenführung der Veloroute durch unsere Stadt. Wir sprechen uns gegen einen Streckenverlauf der geplanten Veloroute durch das Gewerbegebiet Unterfeldhaus wegen des dortigen Schwerlastverkehrs aus. Hier muss eine alternative Umgehung gefunden werden.

Die Radwege sind in einem desolaten Zustand, wie ein von der BmU beantragtes Gutachten durch „Eagle Eye“ zeigt: Wir müssen mehr Geld und Priorität in den Erhalt der Infrastruktur stecken. Weiter den Substanzerhalt zu verzögern, kostet am Ende nur noch mehr Geld. Mit uns wird die Verkehrswende durch ein entsprechend gut ausgebautes Angebot weiterentwickelt. Große Sprünge können wir uns wegen der Finanznot nicht leisten. Funktionalität ist das oberste Gebot. Hochdahl zum Beispiel hat(te) einmal ein sehr schönes, vom Autoverkehr getrenntes Wegenetz, das im Laufe der Jahre stellenweise unbenutzbar geworden ist. Statt Farbe auf die Straße zu malen, fordern wir die Wiederherstellung dieser Wege, damit Straße und Rad möglichst getrennt bleiben.

Die Einrichtung von **Fahrradstraßen** – gut gemacht ohne Vernichtung dringend benötigter Parkplätze - ergänzt das Programm.

**PKW-Parkplätze:** Keine weitere Reduktion dringend benötigter PKW-Parkplätze. Die bewusste Reduzierung der Parkmöglichkeiten (Beispiele: B-Pläne Wimmersberg, Neue Mitte, Hasenwiese) ist eine Bevormundung der Bürger bei ihrer Mobilität. Erzieherische Maßnahmen zur Veränderung der Mobilitätsstruktur lehnen wir ab. Die CDU folgt diesbezüglich inzwischen den Grünen (Wimmersberg, Neue Mitte, Hasenwiese). Der Suchverkehr ist nicht nachhaltig und belastet die Umwelt unnötig. Am Beispiel der Schinkelstraße haben wir erfolgreich den Antrag gestellt, die Bürger vorher zu befragen. Solche Befragungen wird es mit der BmU immer wieder geben, denn Parkraumangel fördert Nachbarschaftskonflikte. Erst wenn der ÖPNV in Erkrath ein gutes, pünktliches Angebot darstellt, ein gut ausgebautes Radwegenetz existiert, ein flächendeckendes Car-Sharing-Angebot vorgehalten wird, wird der private PKW verzichtbarer werden.

**Lärm - Es muss leiser werden in Erkrath!** Leider wurde unsere Forderung der Entlastungsstraße im Bereich Wimmersberg von der Ratsmehrheit abgelehnt. Sie hätte die gesundheitsschädliche Belastung der Innenstadt, z.B. auf der Neanderstraße, deutlich verringert.

Verkehrslärm macht ab einer gewissen Intensität krank. Eine der einfachsten Möglichkeiten ihn zu reduzieren, ist die konsequente Umsetzung des beschlossenen Lärmaktionsplanes, dessen Aktualisierung wir regelmäßig gefordert haben.

Besonders aktiv waren wir auch beim Lärmschutz an der Eisenbahn (Die WDR Lokalzeit Düsseldorf berichtete im April 2025). Bei den nun zu errichtenden Lärmschutzwänden setzen wir uns für deren Begrünung, sowie deren Nutzung als Graffiti-Fläche oder PV Fläche ein.

# Kommunale Wärmeplanung und Fernwärme

Seit 1998 führen wir die Aktion „Gerechte Fernwärmepreise“ durch. Lange waren wir die einzige Fraktion, die dieses Thema im Blick hatte. Dabei konnten wir durch unsere Eingaben eine Überprüfung durch die Kartellbehörde erwirken, welche zu einer Rückzahlung führte. Immer wieder ist das Versorgungsnetz von Hochdahl bei Preisvergleichen durch zu hohe Preise aufgefallen. Die Preisstruktur von e.on wird leider von den Stadtwerken im Eigentum der Stadt Erkrath zunächst weitergeführt. Gewinne aus dem Fernwärmebetrieb wurden an die Stadt abgeführt. Dagegen wenden wir uns und fordern gerechtere Preisbildungen. Wir sind gegen jeden kommunalen Anschlusszwang an die Fernwärme.

Offenkundig sind die Stadtwerke mit der Dekarbonisierung und der pünktlichen und korrekten Abrechnung der Fernwärme überfordert.

Wir sind dafür, den Fernwärmebetrieb aus den Stadtwerken in eine eigene Gesellschaft auszulagern. Wir brauchen einen Partner mit Know How. Die Stadt ist angesichts des Schuldenhaushaltes nicht mehr in der Lage, die städtische Tochter Stadtwerke mit Eigenkapital zur Dekarbonisierung zu unterstützen. Der Investitionsbedarf zur Dekarbonisierung ist allerdings sehr hoch.

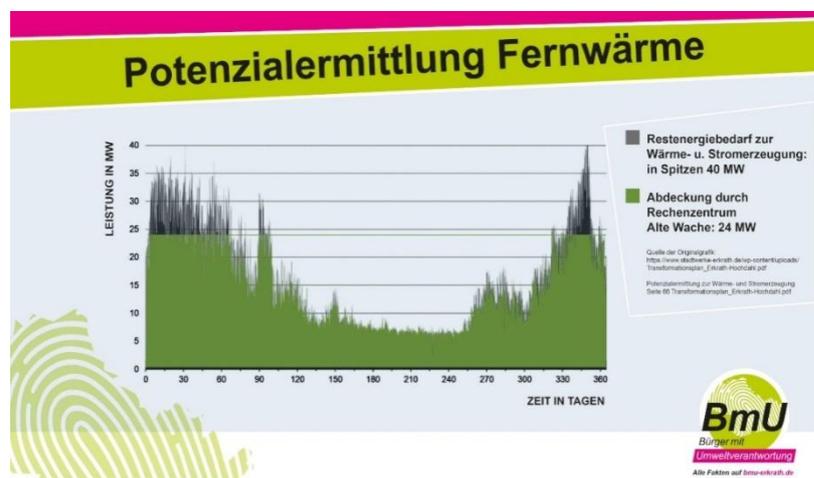
Wir freuen uns, mit der Gründung der IG Fernwärme eine parteiunabhängige bürgerschaftliche Initiative zu unterstützen. Deren Einbeziehung in ein transparentes Dialogformat ist überfällig.

Die Dekarbonisierung der Wärmeversorgung, also auch der Fernwärme, ist schon aus Kostengründen und gesetzlichen Gründen zwingend. Schon im Programm 2019 hat die BmU als erste Erkrather politische Kraft auf die Chancen der Geothermie hingewiesen. Erst jetzt wird sie näher geprüft. Ein Gutachten zeigt auf, dass pro kWh eine Ersparnis um die 4 Cent durch Tiefengeothermie realistisch zu erwarten ist.

Perspektive Rechenzentrum: Jetzt weisen wir darauf hin, die Abwärme aus einem Rechenzentrum, das ggf. am Standort des bisherigen Feuerwehrgebäudes an der Schimmelbuschstraße zu errichten ist, zu nutzen. Es gibt in Deutschland Rechenzentren, deren Abwärme kostenlos an das benachbarte Fernwärmenetz geliefert wird. Der Fernwärmepreis wird sich künftig nach dem Strompreis richten müssen und daher ist es erforderlich, selbst so günstig wie möglich Strom zu erzeugen. Unverständlich, dass dem Auftrag zur Standortfindung einer Windkraftanlage (auf Antrag der BmU) auch nach Jahren nicht nachgekommen wurde.

Wir wollen eine Fernwärmestrategie, deren oberster Grundsatz die Bezahlbarkeit durch die Kunden ist, besonders für die im Geschosswohnungsbau.

Nach unseren vorläufigen Berechnungen könnte ein Rechenzentrum am Standort alte Feuerwache so viel Wärme auskoppeln, dass es die Grundlast der Fernwärme weitgehend abdeckt:



Selbst das in Unterfeldhaus geplante Rechenzentrum würde – trotz Leitungsverlusten – die Fernwärme in Hochdahl im Endausbau nahezu decken können.

## Versorgungssicherheit und Krisenvorsorge

Glasfaser: Ein qualitativ guter Internetanschluss gehört zur Grundversorgung. Das fordern wir seit 2009.

Nach unseren Daten sind allerdings nur ca. 20%-25% der möglichen Anschlüsse der Glasfaser aktiv. Aus Sicht der BmU ist das viel zu wenig. Die BmU fordert die Stadtwerke auf, mehr in den Dialog mit ihren Kunden zu treten und die Produkte entsprechend zu überarbeiten. Alternative ist, das Glasfasernetz an leistungsfähigere Wettbewerber zu verkaufen.

Hätte man auf die BmU gehört, wären wir schon weiter, man hätte Fördergelder in Anspruch genommen und insbesondere die Randbereiche von Erkrath hätten eine 100 % Abdeckung mit Glasfaser.

Da das Wasser im nördlichen Hochdahl aus der Eigenförderung kommt (devonische Kalke), sollte man erneut überprüfen, ob zur Schonung der häuslichen Leitung bei angemessenen Kosten eine zentrale Entkalkung möglich ist.

Unsere Klimapolitik ist Krisenvorsorge. Sie soll massive finanzielle Schäden für die Bürgerschaft durch den sich beschleunigenden Klimawandel verringern helfen.

Die Cybersicherheit erfordert zunehmend Ressourcen, die Digitalisierung der Verwaltung ist unabhängig von diesem steigenden Risiko trotzdem weiter voranzutreiben. Es muss einen Plan B geben, wie im Fall eines erfolgreichen Cyberangriffs die wesentlichen Funktionen des öffentlichen Lebens wieder hergestellt werden können.

Versorgungssicherheit bei ÖPNV, Strom, Wasser, Wärme hat hohe Priorität.

Wir brauchen ein effektives Sirenenwarnsystem. Es gehört insbesondere durch die Bedrohung durch die Havarie der CO-Leitung ständig evaluiert.

Die Rattenbekämpfung als Gesundheitsvorsorge muss konsequent und lückenlos durchgeführt werden, denn Rattenpopulationen können sich rasch entwickeln.

Das Taubenmanagement sollte in einem Taubenhaus stattfinden, in welchem die Eier entnommen werden.

Erkrath muss sich resilient gegen verschiedene Bedrohungen zeigen. Vorhandene Schutzräume sind als Versorgungszentren im Notfall aktivierbar zu machen.

Der Standort der neuen Feuerwache in Alt-Erkrath ist auch dem massiven Einsatz der BmU zu verdanken. Die mangelnde Gesprächsbereitschaft der CDU (sie bevorzugte vorübergehend einen Standort am Steinhof) zu diesem Thema war letztlich Grund, die auch aus anderen Gründen unselige Koalition mit der CDU zu verlassen.

Für den Neubau der zentralen Hauptwache hatten wir kostengünstigere und schneller zu realisierende Pläne vorgelegt. Da dafür keine Mehrheiten zu finden waren, haben wir letztlich den Bau der zentralen Wache unterstützt

Viele Mitglieder der BmU haben gegen die Schließung der umliegenden Krankenhäuser demonstriert und Unterschriften gesammelt. Zufrieden sind wir mit der Organisation des Rettungsdienstes durch unsere Feuerwehr und den Kreis Mettmann sowie die Ergänzung durch das System „Mobile Retter“.

Die Inbetriebnahme der mitten durch Erkrath verlegten CO-Pipeline ist zurzeit das größere Risiko. Eine Havarie der Pipeline hätte für Menschen in näherer und weiterer Umgebung apokalyptische Folgen. Ein Vollbruch der Leitung wäre rettungsdienstlich kaum in den Griff zu bekommen. Der Gefahren- und Abwehrplan muss kritisch überprüft werden. Auf den Parteien des Landtages (CDU, SPD, FDP, Grüne, AfD) lastet die Frage: Warum haben Sie das nicht verhindert? Wir haben schon mehrfach angeregt, die Pipeline besser als Teil eines Wasserstoffnetzes zu nutzen.

Ausgemusterte Feuerwehrfahrzeuge von geringem Restwert sollen auch weiterhin an die Ukraine für den Zivilschutz gespendet werden. Dort ist diese Hilfe lebenswichtig.

## Stadt der Nachbarschaften

Wir fördern Selbsthilfeideen zur Bildung nachhaltiger Nachbarschaften. Beispielhaft dafür ist die Nachbarschaft Hüttenstraße, die z.B. die Idee eines Mehrgenerationenplatzes mit biodiversen Außenanlagen und Bürgerbeteiligung in Form "aktiver Nachbarschaft" am Bolzplatz Hüttenstraße verfolgt.

Nachbarschaft braucht einen Raum, in welchem sie stattfinden kann. Nicht nur an der Hüttenstraße. In jeder Nachbarschaft ist ein öffentlicher Raum, der zur gemeinsamen Aktivität und als Treffpunkt generationenübergreifend einlädt, zu aktivieren.

Zu einer guten Nachbarschaft gehört auch, dass man aufeinander achtet. Das **Sicherheitsgefühl** vieler Mitbürgerinnen hat sich allerdings verschlechtert. Die Stadt ist mit verschiedenen präventiven Angeboten nicht untätig, aber die BmU unterstützt auch weitere Maßnahmen. So hat sie das Hilfsangebot „Luisa ist hier“ für Frauen, die sich bedrängt fühlen, auf den Weg gebracht. Zudem sollte geprüft werden, inwieweit das Flexiangebot der Rheinbahn, ein vergünstigtes Anruf-Sammeltaxi am S-Bahnhof Erkrath, auch auf die Haltepunkte Hochdahl und Millrath ausgeweitet werden kann.

## Kultur und Sport

Durch die bisherige Finanzpolitik der Rathausmehrheit ist dieser Bereich gefährdet, da es sich um „freiwillige Leistungen“ handelt.

Der angestrebte Beitritt der **Volkshochschule** Erkrath zum Zweckverband Hilden-Haan konnte leider nicht realisiert werden. Daher hat sich die BmU dafür eingesetzt, dass die Stadt Erkrath ihre VHS eigenständig weiterentwickelt, um ihre Wettbewerbsfähigkeit zu sichern. Dies umfasst die Erweiterung der Kursangebote, die Verbesserung der Infrastruktur, die Bereitstellung zusätzlicher Räumlichkeiten und den digitalen Ausbau. Die BmU setzt sich weiterhin dafür ein, dass die Verwaltung die in Nordrhein-Westfalen verfügbaren Förderprogramme, wie beispielsweise für Sprachkurse und Integrationsmaßnahmen für Migranten und Flüchtlinge, nutzt. Die Themenbereiche Digitale Medien, Nachhaltigkeit, Gesundheit und politische Bildung sind ebenfalls wichtig. Auch Alltagskompetenzen (Mietverträge verstehen, Kontoführung oder Arbeitsverträge prüfen), sollten gezielt gefördert werden - besonders bei jungen Schulabgängern.

Trotz der angespannten Haushaltslage setzt sich die BmU dafür ein, die **Stadtbücherei** Erkrath als einen lebendigen Ort des Lernens und der Begegnung weiter zu unterstützen und Haushaltsmittel zur Verfügung zu stellen. Kreative Ansätze und Strategien sind nötig, um Ressourcen effizient zu nutzen und die ehrenamtliche Gemeinschaft stärker einzubeziehen. Insbesondere im Sinne der Leseförderung, des Austauschs und des Umgangs mit der Digitalisierung.

Die BmU setzt sich im Rahmen der finanziellen Möglichkeiten für die Förderung der Erkrather **Musikschule** ein. Der Musikunterricht stärkt nicht nur musikalische Fähigkeiten, sondern auch Konzentration, Kreativität, Teamarbeit und soziale Kompetenzen. Diese Fähigkeiten sind für die persönliche Entwicklung von Kindern und Jugendlichen von großer Bedeutung. Musizieren wirkt zudem positiv auf die körperliche und seelische Gesundheit: Es reduziert Stress, steigert das Wohlbefinden und fördert die kognitive Entwicklung.

**Das veraltete Kulturkonzept überarbeiten:** Bereits im Jahr 2016 beantragte die BmU, das 21 Jahre alte Kulturkonzept der Stadt Erkrath aufgrund der mittlerweile veränderten Stadtgesellschaft zu modernisieren. Dieses sollte inklusiv, vielfältig und flexibel gestaltet sein, um möglichst viele Menschen zu erreichen. Auch Hybridformate (eine Kombination aus Präsenz- und Onlineveranstaltungen) und Angebote in verschiedenen Sprachen sollten geprüft werden.

Die BmU befürwortet ein vielfältiges kulturelles Angebot aus Kunst, Musik, Theater, Tanz, Literatur u.a. in Erkrath. Aber was kann von dem Wünschenswerten noch finanziert werden? Und wie lange noch?

Von der BmU stammt die Idee einer **Kulturloge**. Ähnlich dem Projekt der Erkrather Tafel werden nicht verkaufte Karten für kulturelle Veranstaltungen an Bedürftige verschenkt.

Der Bebauungsplan Neanderhöhe ist ein Beispiel des behutsamen Umgangs mit kulturellem Erbe durch die BmU trotz Umwandlung des konventionell bewirtschafteten Ackers. Der **Fund der Eisenzeitlichen Siedlungsspuren** geht auf die politische Umsetzung einer Bürgeranregung durch die BmU zurück. Alle Tiefbautätigkeiten dort werden archäologisch begleitet, damit das Wissen um das kulturelle Erbe nicht verloren geht.

**Förderung des Ehrenamtes:** Ehrenamtliches Engagement ist eine wichtige Säule für das soziale Miteinander, die Gemeinschaft, die Brauchtumpflege sowie die Lebensqualität in unserer Stadt. Die BmU ist im Rahmen des finanziell noch Möglichen für die Unterstützung des Ehrenamtes. Auf BmU-Initiative hin wurde in Erkrath erfolgreich die **Ehrenamtskarte** als wertschätzende Maßnahme eingeführt.

Die **Brauchtumpflege** in Erkrath ist ein wichtiger Bestandteil der lokalen Kultur und Identität. Die BmU nimmt z.B. mit einem eigenen politischen Mottowagen an den jährlichen Karnevalumzügen teil. Auch bei dem Sommerstadtfest sind wir mit Aktionen für Kinder - wie Kinderschminken, Farbschleuder, Riesenseifenblasen und Kindermitmachspielen - dabei.

Besonders der **Sport** wird die sinkende finanzielle Leistungsfähigkeit der Stadt als Konsequenz der bisherigen Rathauspolitik deutlich zu spüren bekommen. Die BmU steht im regelmäßigen Austausch mit der Stadtverwaltung und setzt sich dafür ein, Förderprogramme von Bund und Land zu nutzen, um die veralteten Sportanlagen - soweit finanziell noch möglich – bestmöglich und nachhaltig zu sanieren. Daher hatte sie auch das Projekt Kunstrasensportplatz an der Rankestraße angesichts der Kosten (fast 3 Millionen Euro) und ökologischer Gesichtspunkte (ökologischer Fußabdruck und Mikroplastik) kritisiert.

Die **Förderung der Schwimmfähigkeit von Kindern** liegt der BmU am Herzen und ist von Bedeutung, um ihre Sicherheit im Wasser zu gewährleisten, ihnen gleichzeitig Spaß an der Bewegung zu vermitteln und den Badetod zu verhindern. 2017 hat die BmU das Projekt „**Jedes Kind muss schwimmen können**“ angestoßen. Mit Neanderbad und Vereinen muss geschaut werden, dass genügend Kurse angeboten werden können. Und um das Schwimmen attraktiv zu machen, könnten Schwimm-Events (Wasser-Disco), lokale Schwimmwettkämpfe oder Wasserspielnachmittage angeboten werden.

## Soziales – Teilhabe und Integration

Die Stadt muss für alle Einwohnerinnen und Einwohner lebenswert sein. Daher dürfen wir den Blick auf die Schwächeren nicht verlieren.

Das **Forum Sandheide** gäbe es ohne die Politik der BmU nicht (das durch die BmU initiierte Stadtentwicklungskonzept, Unterstützung des Programms „Soziale Stadt“ und der Bauplanungen, u.a.). Es bietet vielen Vereinen einen Raum. Insbesondere die Arbeit der Erkrather Tafel, der Werkstatt, des TSV, sowie des Sozialkaufhauses, des Langzeitarbeitslosenprojektes, der Schuldnerberatung, des Schulmüdenprogramms des SKFM sind unverzichtbar für eine soziale Stadt. Auch **Beratungsstellen**, die **Seniorenbegegnungsstätten**, das Demenznetzwerk, Bildungsangebote und das Vereinsleben sind wichtige Beiträge, damit alle die Möglichkeit zur **Teilhabe** haben.

Allerdings sind diese Angebote durch ständige Fördergeldkürzungen und die prekäre Finanzlage der Stadt in ihrer Existenz bedroht. Auch hier ist zu befürchten, dass sich eine jahrelange falsche Finanzpolitik rächen wird.

Viele Menschen leben mit **Handicap**, bedürfen z.B. aus gesundheitlichen, sozialen Gründen oder weil sie aus einem anderen Land kommen, Unterstützung zur Integration und Inklusion in unsere Gesellschaft. Wir gewinnen, wenn dies gelingt.

Wir verfolgen das Ziel, dass Kinder und Menschen mit Behinderungen sich möglichst barrierefrei in Erkrath bewegen können. Beispiel ist der Antrag der BmU, auch auf Kinderspielplätzen Geräte vorzuhalten, die durch behinderte Kinder genutzt werden können.

Jeder **Wohnungslose** und jeder **Geflüchtete**, der einen legalen Aufenthaltsstatus besitzt, muss eine menschenwürdige Unterkunft, wenn auch ggf. in bescheidener Ausformung, bekommen.

Das gelingt auch durch Förderung des ehrenamtlichen Engagements in Erkrath, welches gerade im Bereich der Integration sehr ausgeprägt ist. Z.B. durch den Freundeskreis für Flüchtlinge mit seinem Beratungsbüro „Hand in Hand“ an den Hochdahl Arcaden, bzw. durch Du-Ich-Wir e.V. und füreinander e.V. mit ihren Angeboten zu Sprachunterricht, Nachhilfe und Freizeitgestaltung für Kinder und Jugendliche. Wir werben bei allen Leserinnen und Lesern dieser Zeilen: Unterstützen Sie diese oder andere Angebote.

Gleichzeitig müssen wir deutlich machen, dass unsere Belastungsgrenze überschritten ist. Egal welcher Herkunft: Menschen in unseren Übergangwohnheimen, die viel zu oft inzwischen Dauerunterbringungen sind, muss gesundheitliche und soziale Fürsorge zukommen, damit die Chance auf Integration gewahrt ist. Das gilt ganz besonders für die Kinder.

Die mögliche Einführung einer Bezahlkarte für Geflüchtete wie deren Einbindung in gemeinnützige Arbeit sehen wir pragmatisch. Wir sind momentan gegen die Einführung der Bezahlkarte, solange die Verwaltung durch die 50 € Bargeldgrenze mit Erweiterungsanträgen überflutet wird. Die Schaffung von Arbeitsmöglichkeiten ist zu begrüßen, insofern die notwendige Betreuung für die Stadt nicht zu teuer wird.

**Nur mit einer stärkeren BmU gewinnt Erkrath das Augenmaß für das Machbare zurück.**

Also am 14. September 2025 **jeder nur ein Kreuz:**

**Für den Stadtrat: *BmU*.**

**Als Bürgermeister Bernhard Osterwind**

**Für den Kreistag: UWG-ME.**